

# General-Anzeiger

**Elberfeld**  
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 50.  
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion 4601, 4602, 4603

**für Elberfeld-Barmen**  
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

**Barmen**  
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Rennerweg 57.  
Fernsprecher für Geschäftsstelle und Redaktion Nr. 714

## Bülow gegen Bethmann.

U. Hamburg, 23. Aug. (Drab.) Die heutige Ausgabe des Hamburger Fremdenblattes veröffentlicht einen Brief des Fürsten Bülow an den Hauptgeschäftsführer des Blattes, Herrn von Gardt. Fürst Bülow bezeichnet es als im nationalen Interesse wünschenswert, die in Deutschland so oft aufgestellte Behauptung zu bekämpfen, daß Deutschlands Eintritt in die Weltkriege den Reim zum Weltkriege gelegt habe. Bülow schließt an seines Nachfolgers, Herrn von Bethmann, schriftlich ersandene Betrachtungen zum Weltkriege an, um über die politische Vorgeschichte des Weltkrieges vor und während der Kanzlerschaft Bethmanns Holwegs seine Erfahrungen und sein Urteil darzulegen. Er sucht die von Bethmann gebrachte Darstellung, als ob die Verhältnisse, unter denen Bethmann 1909 den Kanzlerposten übernommen habe, hoffnungslos gewesen seien, zu widerlegen. Fürst Bülow verteidigt weiterhin seine eigene Politik und kritisiert die seines Nachfolgers. Mit Schärfe wendet sich der Fürst gegen den von Bethmann Holwegs versehenen Gedanken, der Krieg sei unvermeidlich gewesen. Die militärischen Annahmen zwischen England, Rußland und Frankreich vor dem Kriege seien nicht bindender gewesen als die vor dem Kriege 1870 zwischen Frankreich, Österreich und Italien getroffene Stipulation, die dennoch nicht zu einem Weltkrieg führte. Fürst Bülow kommt zu folgendem Schluß: Das deutsche Volk hat diesen Krieg sicher nicht gewollt. Kaiser Wilhelm II. war, wie der Fürst aus eigener Erfahrung weiß, durchaus friedliebend. Auch sein (Bülow's) Nachfolger, Herrmann von Holweg, habe sich bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber die Politik sei eine Kunst, und der gute Wille, der in der Moral alles sei, reiche in der Kunst nicht aus, denn dann käme es auf das Können an. Es seien während der verhängnisvollen Wochen vor Kriegsausbruch von unserer politischen Leitung schwere psychologische, diplomatische und politische Fehler gemacht worden (Das ist auch unsere Meinung, und wir haben ihr kurz vor Kriegsausbruch schon Ausdruck gegeben. Red.), die mit Unrecht, mit großem Unrecht unter Volk mit dem falschen Schein der Schuld am Kriege beladen. Der Brief schließt mit einer hoffnungsvollen, durch geschichtliche Hinweise und Beispiele bekräftigten Ermunterung, an der Zukunft des deutschen Volkes nicht zu zweifeln.

## Der Kampf um den Friedensvertrag.

### Lehnt Amerika ab?

WTB. Amsterdam, 23. Aug. (Drab.) Laut Preßbüro Radio hat der Senator Knox bei einer in seinem Büro stattgefundenen Konferenz erklärt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von den Vereinigten Staaten völlig abgelehnt werden wird. Knox sagte, die Vereinigten Staaten sollten sich überhaupt nicht in die Lage in Europa einmischen und hätten nichts mit dem Friedensvertrag bezüglich der zukünftigen Bestimmung der europäischen und asiatischen Völker und Gebiete zu tun. Er erklärte, wenn der Völkervertrag aus dem Friedensvertrag herausgeholt werde, so trete er nicht für die Abänderung des Friedensvertrages ein. Knox versucht augenblicklich die oppositionellen Elemente zu vereinen. Außer den acht unparteilichen Senatoren, die für uneingeschränkte Ablehnung des Friedensvertrages sind, wenn nicht der Völkervertrag davon abgetrennt und praktische Abänderungen vorgenommen werden, sollen noch weitere acht Senatoren zu den unparteilichen neigen. Außer diesen 16 seien noch genügend Senatoren vorhanden, die Gegner des Völkervertrages sind, um die sichere Ablehnung des Friedensvertrages zu verbürgen. Wenn nicht praktische Abänderungen daran vorgenommen werden, die oppositionellen Senatoren haben die Absicht, eine Rundreise durch ganz Amerika bis zum Stillen Ozean anzutreten, um durch ihre Reden die öffentliche Meinung für vollständige Ablehnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form und für die Festschließung eines neuen Friedensvertrages, der den Völkervertrag nicht enthält, zu gewinnen.

## Die Opposition wächst.

GA. Rotterdam, 23. Aug. (Sig. Drab.) Gemäßliche Meldungen aus Washington stimmen darin überein, daß Wilsons Versuch, den Senat durch mündliche Erklärungen zur Ratifikation des Friedensvertrages umzustimmen, fehlgeschlagen ist. Die republikanische Opposition macht vielmehr Fortschritte, und ihr haben sich drei oder vier Demokraten angeschlossen. Die Republikaner erklären, daß ihre Prinzipien Bedenken nicht durch Wilsons Erklärungen beseitigt worden sind. Sie verlangen, ehe eine Ratifizierung möglich ist, daß mindestens vier Hauptpunkte des Vertrages abgeändert werden müssen.

## Wilson erregt „Verreunden“.

WTB. Amsterdam, 23. Aug. (Drab.) Auf der Konferenz mit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erregte die Mitteilung Wilsons, daß er in der Zeit zwischen dem Ausbruch des Eintritts Amerikas in den Krieg und der Eröffnung der Friedenskonferenz nie anständig von einem Geheimabkommen, das zwischen den Alliierten bestand, in Kenntnis gesetzt wurde, Verreunden. Desgleichen seine Erklärung, daß es vermutlich notwendig sein werde, eine große Anzahl amerikanischer Soldaten während des Zeitraumes von 15 Jahren am Rhein zu belassen.

## Der „Fleck auf der nationalen Ehre“.

WTB. Amsterdam, 23. Aug. (Drab.) Das Preßbüro Radio meldet aus New York: Senator Knox unterbreitete Wilson auf der Konferenz im Weissen Haus 20 Fragen. Die erste lautete: Können Sie nicht erklären, daß der Friedenszustand besteht, um so den Kriegszustand zu beenden? Die zweite Frage lautete: Da der Kriegszustand auf diese Weise beendet sein würde, könnten nicht Konsultationen für Deutschland ernannt und die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden? Wilson antwortete auf diese Fragen: Ich fühle mich zu der Erklärung verpflichtet, daß ich meines Erachtens nicht nur nicht das Recht habe, durch eine Proklamation zu erklären, daß der Friedenszustand besteht, sondern daß ich unter keinen Umständen darin einwilligen könnte, bevor der formelle Friedensvertrag ratifiziert ist. Ich muß offen heraus sagen, daß meines Erachtens ein Fleck auf unserer nationalen Ehre sein würde, den wir niemals wieder tilgen könnten, wenn wir, nachdem wir unsere Männer auf das Schlachtfeld entsandt haben, um für die gemeinsame Sache zu kämpfen, unsere im Kriege Verbündeten bei der Regelung der Friedensbedingungen im Stich lassen würden und uns aller Verantwortung bezüglich dieser Bedingungen begeben wollten.

## Für die kleinen Nationen.

WTB. Amsterdam, 23. Aug. (Drab.) Aus New York wird gemeldet, daß die Nachricht vom Beschluß des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die Vertreter der kleinen Nationen anzuhören, von der gesamten Presse an erster Stelle gedruckt wird.

## Schutz gegen die deutsche Konkurrenz.

GA. Washington, 23. Aug. (Sig. Drab.) Der Kongreß hat das erste Schutzgesetz nach Kriegsende mit 171 gegen 132 Stimmen angenommen. Die Abgabe wurde von republikanischer Seite eingebracht und bezweckt den Schutz der amerikanischen Industrie gegen die deutsche Konkurrenz.

## Gegen den Veto des Präsidenten.

GA. Paris, 23. Aug. (Sig. Drab.) Der amerikanische Senat hat nach einer Washingtoner Meldung entgegen dem Veto des Präsidenten Wilson beschlossen, die Sommerzeit abzusuchen, und zwar mit einer Mehrheit von 57 Stimmen.

## Die Lage in Mexiko.

WTB. Amsterdam, 23. Aug. (Drab.) Preßbüro Radio meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die von der mexikanischen Botschaft übermittelte Note wahrscheinlich sofort antworten werde. Es wird aus der Stadt Mexiko gemeldet, daß verschiedene Gruppen eine Ausrufung der Politik Carranzas gegenüber den Vereinigten Staaten fordern. So ersucht z. B. der mexikanische Arbeiterverband in Mexiko-Stadt Carranza, sofort ein repräsentatives Kabinett zu bilden und den Konflikt mit den Vereinigten Staaten beizulegen. Die liberale konstitutionelle Partei fordert durch ein Zirkular ihre Anhänger in ganz Mexiko auf, für ein gutes Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten und Mexiko zu arbeiten. Eine Gruppe von Abgeordneten des mexikanischen Kongresses will an Carranza das Ersuchen richten, seine Politik zu ändern. Die „Mexican Herald“, „Universal“ und „Excelsior“ treten alle für eine Änderung der mexikanischen Politik ein.

Im Gegensatz zu obiger Meldung steht eine Meldung der „Associated Press“ aus Mexiko-Stadt, wonach die mexikanischen Wähler fortwähren, an das mexikanische Volk den Appell zu richten, zu erwachen und der Gefahr, die das Land unmittelbar bedroht, ins Auge zu fassen. Desgleichen bringen die Wähler an auffallender Stelle Telegramme, die die Gouverneure einiger Staaten an Carranza gerichtet haben und in denen sie ihre unbedingte Anhängerschaft erklären.

## Eine englische Anklage gegen Wilson.

Die furchtbare Enttäuschung, die Wilson, der „Klassiker des Fortschritts“, durch die Preisgabe seiner 14 Punkte allen gerecht denkenden Menschen bereitet hat, tritt auch in den Entenländern mehr und mehr zutage und findet ihren energischen Ausdruck in dem Brief, den einer der führenden britischen Theologen, Rev. Walter Dill, an den Präsidenten gerichtet hat. Das Schreiben des namhaften Sozialphilosophen und Führers der undogmatischen religiösen Bewegung, das Prof. Adolf Deissmann in der „Deutschen Politik“ zum ersten Male in Deutschland veröffentlicht, lautet in seinen wichtigsten Stellen: Die Erwartungen, die durch den auf der Grundlage Ihrer 14 Punkte geschlossenen Waffenstillstand erweckt worden waren, sind vollständig vernichtet worden durch die Bedingungen des Friedensvertrages, die die Klade, den Krieg gegen Rußland, die Auslieferung Chinas und Japans an den japanischen bezug, britischen Imperialismus, die unerbittliche Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen tatsächliche Feindseligkeit gegenüber den Anstrengungen Deutschlands und Österreichs, auf den Trümmern des Militarismus eine republikanische Demokratie zu errichten, und viele andere Beschlüsse, die auf schwerste den Weltfrieden der Zukunft bedrohen und alle acht Jahrhunderte nach den Methoden der Geheimdiplomatie in schroffem Widerspruch zu Ihren 14 Punkten. Man hat vor Augen vor Augen berichtet, Sie hätten gesagt, daß diese Beschlüsse in seiner Weise Ihren 14 Punkten widersprächen. Dadurch wird unsere Befürchtung nur vermehrt; denn dann haben entweder Sie und unzählige andere Ihre 14 Punkte vollständig mißverstanden, oder Sie haben, indem Sie sie formulierten, eine Geschicklichkeit im Redensartenmachen bewiesen, die bisher in der Geschichte der Diplomatie kein Seitenstück besitzt, wodurch sogar die geschicktesten Dialektiker Deutschlands verärgert werden. Den Waffensstillstand anzunehmen, so daß die deutsche Republik nun zögert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, obwohl die Folgen für sie und die Welt überaus ernst wären. Ich kann nicht glauben, daß die bezeichneten üblen Maßnahmen zum vermeintlichen Weltfrieden entsprechen, dessen Absicht zu erkennen und zu befolgen unsere Pflicht ist, wie Sie an einem anderen Orte und in einem anderen Zusammenhang so schön sagten. Es müßte denn in der Tat die Absicht des Entwurfs sein, die gegenwärtige Bevölkerung und soziale Ordnung Europas und Amerikas zu vernichten. Der englische Theologe fordert dann den Präsidenten auf, sich zu rechtfertigen. „Meist eine genügende Verteidigung aus, so werden Sie in der Geschichte die traurige Rolle eines verrückten Führers spielen. Ist es jetzt zu spät? Die letzten Sanfterner riechen zur Erde. Während Sie noch dasitzen und verurteilen, ist der Haß im Begriff zu frähen. Dann brechen die letzten Tage des Jenseiters herein: Derr, Kreuzigung, verfluchte Tempel und jüdische Throne, der Tag des Gerichts über ein Geschlecht, das unaufrichtig zum Beterleben und unfähig war, den Gang seiner Welt zu erkennen und seine Pflicht zu erfüllen.“

nen wichtigsten Stellen: Die Erwartungen, die durch den auf der Grundlage Ihrer 14 Punkte geschlossenen Waffenstillstand erweckt worden waren, sind vollständig vernichtet worden durch die Bedingungen des Friedensvertrages, die die Klade, den Krieg gegen Rußland, die Auslieferung Chinas und Japans an den japanischen bezug, britischen Imperialismus, die unerbittliche Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen tatsächliche Feindseligkeit gegenüber den Anstrengungen Deutschlands und Österreichs, auf den Trümmern des Militarismus eine republikanische Demokratie zu errichten, und viele andere Beschlüsse, die auf schwerste den Weltfrieden der Zukunft bedrohen und alle acht Jahrhunderte nach den Methoden der Geheimdiplomatie in schroffem Widerspruch zu Ihren 14 Punkten. Man hat vor Augen vor Augen berichtet, Sie hätten gesagt, daß diese Beschlüsse in seiner Weise Ihren 14 Punkten widersprächen. Dadurch wird unsere Befürchtung nur vermehrt; denn dann haben entweder Sie und unzählige andere Ihre 14 Punkte vollständig mißverstanden, oder Sie haben, indem Sie sie formulierten, eine Geschicklichkeit im Redensartenmachen bewiesen, die bisher in der Geschichte der Diplomatie kein Seitenstück besitzt, wodurch sogar die geschicktesten Dialektiker Deutschlands verärgert werden. Den Waffensstillstand anzunehmen, so daß die deutsche Republik nun zögert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, obwohl die Folgen für sie und die Welt überaus ernst wären. Ich kann nicht glauben, daß die bezeichneten üblen Maßnahmen zum vermeintlichen Weltfrieden entsprechen, dessen Absicht zu erkennen und zu befolgen unsere Pflicht ist, wie Sie an einem anderen Orte und in einem anderen Zusammenhang so schön sagten. Es müßte denn in der Tat die Absicht des Entwurfs sein, die gegenwärtige Bevölkerung und soziale Ordnung Europas und Amerikas zu vernichten. Der englische Theologe fordert dann den Präsidenten auf, sich zu rechtfertigen. „Meist eine genügende Verteidigung aus, so werden Sie in der Geschichte die traurige Rolle eines verrückten Führers spielen. Ist es jetzt zu spät? Die letzten Sanfterner riechen zur Erde. Während Sie noch dasitzen und verurteilen, ist der Haß im Begriff zu frähen. Dann brechen die letzten Tage des Jenseiters herein: Derr, Kreuzigung, verfluchte Tempel und jüdische Throne, der Tag des Gerichts über ein Geschlecht, das unaufrichtig zum Beterleben und unfähig war, den Gang seiner Welt zu erkennen und seine Pflicht zu erfüllen.“

## Der Oberste Rat.

### Die Entente läßt den Habsburger fallen

GA. Paris, 23. Aug. (Sig. Drab.) Der Oberste Rat trat am Freitag unter dem Vorsitz von Clemenceau zusammen. Hoover berichtete über die Lage in Oberschlesien. Er bestätigte die Abreise der polnischen und deutschen Delegierten in Berlin über die Entsendung einer Kommission nach Oberschlesien. Heute vormittag begaben sich Hoover und Loucheur nach Versailles, um mit Versner die Mittel zur Festschließung der in der Kohlenförderung in Oberschlesien eingetretenen Krise zu besprechen.

Der Rat befaßte sich weiter mit der politischen Lage in Ungarn und beschloß, ein Telegramm an die internationalisierte Kommission zu senden zur Kenntnisnahme an die ungarische Behörde. Es wird dieser darin mitgeteilt, daß die neue Regierung nicht durch den Volkswillen, sondern durch einen von einer kleinen Gruppe an der Spitze einer fremden Armee durchgeführten Handreich eingesezt worden sei. Die Regierung hat als Chef ein Mitglied der Familie der Habsburger, welche durch ihre Politik und ihren Ehrgeiz zu einem großen Teile verantwortlich sind für das Unglück, worunter die Welt leidet und noch länger leiden wird. Ein von einer dergleichen Regierung abgeschlossener Friede kann nie dauerhafter Friede sein, und deshalb könnten die alliierten und assoziierten Regierungen ihr die wirtschaftliche Hilfe nicht leisten, deren Ungarn so sehr bedürfe.

## Oesterreich muß noch warten.

WTB. Versailles, 23. Aug. (Drab.) Der Oberste Rat verwarf einen Teil des österreichischen Friedensvertrages an die Kommission zurück, weil der Koordinationsausschuß erklärte, daß bei verschiedenen Verträgen Grundzüge zutage treten, die nicht miteinander in Einklang gebracht werden können. Das bedeutet eine neue Hinausschiebung des Friedensschlusses mit Deutsch-Oesterreich.

## Nationierung des Weltgetreides?

U. Lemberg, 23. Aug. (Drab.) Hoover erklärte auf einem Plakat in Lemberg, daß die internationalisierte Kommission beabsichtige, die Ernte der ganzen Welt zu beschlagnahmen und die Verteilung zwischen allen Völkern zu regeln. In dieser Kommission werde auch Polen vertreten sein. Weiter erklärte Hoover, daß die amerikanische Regierung gegenüber Belgien und Polen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sei.

## Reichsnotopfer und Entente

Der Staatsminister Dr. Friedberg hat an den Reichsfinanzminister die öffentliche Aufforderung gerichtet, an Hand der Bestimmungen des Friedensvertrages den Beweis zu liefern, daß der Entente kein Recht zustehe, auf das Reichsnotopfer Anspruch zu legen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Regierungsgesetz, erwidert darauf:

„In seiner Aufschrift geht Dr. Friedberg von einer Bestimmung des Friedensvertrages aus, die in der Anlage II zum Artikel 233, nämlich in § 12 Absatz b, gegeben ist. Dieses Zitat stellt lediglich einen Ausschnitt dar, der in seiner Einseitigkeit sehr wohl geeignet ist, dem Leser die Überzeugung aufkommen zu lassen, daß die Entente ein Zugriffsrecht auf die Erträge des Reichsnotopfers besitze. Wenn dieser kleine Ausschnitt nur ein wenig vergrößert wird, ist schon ersichtlich, daß der ganze § 12 der Anlage II dem Wiedergutmachungsausschuß Vollmacht und Befugnisse zuspricht, die zur Durchführung des gegenwärtigen Vertrages als erforderlich erachtet werden. Der Ausschuss erhält in § 12, was hier entscheidend ist, für die Lösung der Frage der Wiedergutmachung im Sinne des Vertrages lediglich die weitestgehenden Überwachungs- und Ausführungsbefugnisse zugesprochen. Auch die Ermächtigung zur Anlegung der Bestimmungen dieses Teiles stehen ihm zu. Als Richtlinie für diese seine Aufgaben gelten festumrissene Gesichtspunkte, die absatzweise in § 12 aufgeführt sind. Hier steht auch der Absatz b, auf den sich die von Dr. Friedberg und anderen vertretene Auffassung stützt. Es heißt im § 12 Abs. b wörtlich:

„In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuerwesen, und zwar: 1. damit alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Ruhestand und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden; 2. um die Gewissheit zu erlangen, daß das deutsche Steuerwesen im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso streng ist als dasjenige irgendeiner der im Ausschuss vertretenen Mächte.“

Durch diese Bestimmung geben die alliierten und assoziierten Regierungen ihrem Organ, dem Wiedergutmachungsausschuß, die klare Richtlinie, auf die deutsche Zahlungsfähigkeit zu achten. Die deutsche Zahlungsfähigkeit ist ja das einzige Instrument, mit dessen Hilfe die Entente die effektive Liquidierung des Friedensvertrages durchzuführen vermag. Und in diesem Sinne ist der Gesichtspunkt der vorzugsweisen Abtragung der Wiedergutmachungsschuld aus allen Einkünften Deutschlands vor Zinsendienst und Tilgung der eigenen Anleihen unter Absatz b gegeben. Der Absatz b gibt aber der Entente in keiner Weise ein vertragsmäßiges Recht dahin, Einkünfte und Vermögen des Reiches unmittelbar aus der Reichskasse zu entnehmen. Diese Anweisung an den Ausschuss entspricht auch dem Artikel 248, in dem den alliierten und assoziierten Regierungen das Recht eingeräumt wird, den gesamten Reichtum und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten als an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Lasten festzusetzen zu betrachten. Und unter Bezugnahme auf diesen Artikel gibt der Vertrag dem Ausschuss durch Artikel 233 Abs. 4 das Recht, einen Zahlungsplan anzufertigen, der die Art und Weise vorschreibt, wie Deutschland vom 1. Mai 1921 ab seine Gesamtschuld in einem Zeitraum von 30 Jahren zu tilgen hat. Daraus folgt weiterhin Artikel 234 das Recht für den Ausschuss, die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands vom 1. Mai 1921 ab zu prüfen, wobei die deutsche Regierung ihm gemäß Artikel 240 alle hierzu benötigten Auskünfte in weitestem Maße zur Verfügung zu stellen hat. Es kann aus dieser Rechtslage kein Schluß nach der Richtung hin gezogen werden, daß dem Ausschuss ein Zugriffsrecht auf das Reichsnotopfer zustehe. (Die gesperrten Stellen in diesem Artikel sind auch im Original hervorgehoben. Red.)

Einen effektiven Rückgriff auf irgendeinen Kaffeineingang, Kamme er aus dieser oder jener Steuer oder irgend einem Vermögensteil des Reiches, hat sich die Entente vertraglich in seinem Artikel zugesprochen. Das besagt der Teil des Artikels 242, der nur von der Hauptpflicht spricht. Und nur in der Form einer Anweisung an den Ausschuss geben die alliierten Regierungen für den Fall, daß Deutschland seiner Verpflichtung aus dem Wiedergutmachungsteil des gegenwärtigen Vertrages nicht nachkommt, bestimmte Regeln. In § 17 der Anlage II ist der Ausschuss dazu angehalten, bei Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte Meldung zu erstatten und ihnen gleichzeitig entsprechend angebrachte Maßnahmen vorzuschlagen. Als einziges positives Rechtsmittel sichert sich die Entente in § 18 der Anlage II, im den Fall der Nichterfüllung derjenigen Verpflichtungen, die für Deutschland aus der Wiedergutmachung folgen, freie Eingriffsmittel, die als geboten erachtet. Diese Mittel finden aber eine Anwendung nur dann, wie ausdrücklich hervorgehoben worden ist, falls Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.“

So ist die vertragliche Lage. Aus ihr geht klar hervor, daß Besitz und Steuerquellen des Reiches lediglich Pfandobjekte sind, und daß nur für den Fall einer vorläufigen Weigerung Deutschlands, zu zahlen, die Alliierten sich freie Hand vorbehalten. Hierzu kommt, daß die Gestaltung der Entente dieses im Vertrag fest umschriebenen Grundlage in















bernen, 6. April 11. Die-  
bitten (Steinbüchse) durch  
aus dem 10. f. ein 21. nach  
Peterab. d. 11. u. u. B. 2332  
Geficht B. Reuermweg 51. 4

Handwerker... Wir suchen... Stellengesuche... Geld-Angebote... Geld-Gesuche... Heiratsgesuche... Zeilhaber-Verleiher... Various small advertisements and notices in German, organized in columns.



